

Höchstspannungsleitung

Osterath – Philippsburg

Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPG („Ultranet“)

Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ)

Abschnitt Pkt. Koblenz – Pkt. Marxheim

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG

– Ausnahmegenehmigungen gemäß § 78 WHG – Register 26.4

Bundesland Rheinland-Pfalz, Bundesland Hessen

Auftraggeber: Amprion GmbH
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund
Ansprechpartner: Christoph Regner
Netzprojekte
Gleichstrom-Netzprojekte Ultranet

Auftragnehmer: TNL Energie GmbH
Raiffeisenstraße 7
35410 Hungen

Projektleitung: Dipl.-Biologin Brunhilde Göbel

Bearbeitung: Dr.rer.nat., M. Sc. Marine Biology Maike Sabel

Hungen, Mai 2024 (Version: Dezember 2024)



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 2

Tabellenverzeichnis 2

Abkürzungsverzeichnis 2

1 Einleitung..... 4

2 Rechtliche Grundlagen 5

3 Erforderliche Antragsstellung 7

4 Quellenverzeichnis 10

4.1 Gesetze & Verordnungen 10

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Im Rahmen des Vorhabens erforderliche wasserrechtliche
Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für
Überschwemmungsgebiete in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen 7

Abkürzungsverzeichnis

§, §§	Paragraph, Paragraphen
Abs.	Absatz
BBPlG	Gesetz über den Bundesbedarfsplan (Bundesbedarfsplangesetz)
BGBI.	Bundesgesetzesblatt
Bl.	Bauleitnummer
DC	Gleichstrom (Direct Current)
FKZ	Fließgewässerkennzahl
ggf.	gegebenenfalls
HGÜ	Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HWG	Hessisches Wassergesetz
km	Kilometer
kV	KiloVolt
LWG	Landeswassergesetz
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
Nr.	Nummer
RLP	Rheinland-Pfalz

S.	Seite
TNL	TNL Energie GmbH
ÜSG	Überschwemmungsgebiet
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

1 Einleitung

Antragsgegenstand sind die Errichtung und der Betrieb einer ± 380 -kV-Freileitung in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) sowie der temporäre Drehstrombetrieb in dem 77,5 km langen Abschnitt „Pkt. Koblenz – Pkt. Marxheim“ des Gesamtvorhabens „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“.

Innerhalb dieses Abschnitts ist geplant, zwischen dem Pkt. Koblenz und dem Pkt. Marxheim bestehende Anlagen (Bestandsleitungen) zu nutzen und die damit verbundene Änderungen vorzunehmen:

- die bestehende 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Koblenz – Pkt. Immendorf, Bl. 4127,
- die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Immendorf – Pkt. Marxheim West, Bl. 4127 und
- die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Marxheim West – Pkt. Marxheim, Bl. 4503

Hier soll jeweils ein bestehender Drehstromkreis zukünftig als ± 380 -kV Gleichstromkreis genutzt werden (vgl. Reg. 1, Kapitel 5.2.1). Der ± 380 -kV Gleichstromkreis soll alternativ auch temporär als 380-kV Drehstromkreis betrieben werden können (vgl. Reg. 1, Kapitel 5.2.2).

Beim Vorhaben 2 des BBPIG handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Übertragungsnetzbetreiber Amprion und TransnetBW.

Im Anhang des Bundesbedarfsplangesetzes ist das Vorhaben als Nummer 2 „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“ aufgelistet. Im Netzentwicklungsplan (NEP) 2037 trägt das Projekt die Nummern DC2a (Amprion-Abschnitte) und DC2b (TransnetBW-Abschnitte). Es untergliedert sich in insgesamt sieben Streckenmaßnahmen:

- Abschnitt C1: Osterath – Rommerskirchen
- Abschnitt E1: Rommerskirchen – Landesgrenze NRW/RLP
- Abschnitt E2: Landesgrenze NRW/RLP – Koblenz
- **Abschnitt D1: Koblenz – Marxheim**
- Abschnitt A2: Marxheim – Ried
- Abschnitt A1: Ried – Wallstadt
- Abschnitt B1: Wallstadt - Philippsburg

Von dem insgesamt ca. 340 km langen Vorhaben wird die Einzelmaßnahme "Abschnitt D1: Koblenz – Marxheim" (ca. 77,5 km) von der Amprion GmbH realisiert.

Mit der geplanten Errichtung und dem Betrieb einer ± 380 -kV-Freileitung in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) in der Region Koblenz/Main-Taunus-Kreis durch die Vorhabenträgerin Amprion GmbH sind Bautätigkeiten in Überschwemmungsgebieten

verbunden. Werden Masten innerhalb von Überschwemmungsgebieten errichtet oder erweitert, ist zu prüfen, ob es aufgrund des Raumbedarfs von Masten und Leiterseilen zu Veränderungen/Beeinträchtigungen des Hochwasserabflusses kommen kann und ob der Retentionsraum reduziert oder der Hochwasserabfluss behindert werden können. Entsprechende Bautätigkeiten im Rahmen des Vorhabens erfordern diesbezüglich eine wasserrechtliche Antragsstellung (gemäß § 78 Abs. 5 WHG) und sind Gegenstand der vorliegenden Antragsunterlage.

2 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen des Hochwasserschutzes ergeben sich auf europäischer Ebene aus der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (Richtlinie 2007/60/EG) des europäischen Parlaments und des Rates. Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31. Juli 2009 wurde diese in bundesdeutsches Recht übernommen. Darüber hinaus wird das WHG durch das jeweilige Landesrecht (Hessisches Wassergesetz (HWG) bzw. Landeswassergesetz (LWG) Rheinland-Pfalz) ergänzt.

„Hochwasser ist eine zeitlich beschränkte Überschwemmung von normalerweise nicht mit Wasser bedecktem Land, insbesondere durch oberirdische Gewässer oder durch in Küstengebiete eindringendes Meerwasser. Davon ausgenommen sind Überschwemmungen aus Abwasseranlagen.“ (§ 72 WHG).

Nach § 73 Abs. 1 WHG bewerten *„die zuständigen Behörden [...] das Hochwasserrisiko und bestimmen danach die Gebiete mit signifikantem Hochwasserrisiko (Risikogebiete). Hochwasserrisiko ist die Kombination der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Hochwasserereignisses mit den möglichen nachteiligen Hochwasserfolgen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe, wirtschaftliche Tätigkeiten und erhebliche Sachwerte.“*

Die zuständigen Behörden stellen Risikogebiete kartografisch in Gefahrenkarten dar. Gemäß § 74 Abs. 2 WHG erfassen diese *„Gefahrenkarten [...] die Gebiete, die bei folgenden Hochwasserereignissen überflutet werden:*

- 1. Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit (voraussichtliches Wiederkehrintervall mindestens 200 Jahre) oder bei Extremereignissen,*
- 2. Hochwasser mit mittlerer Wahrscheinlichkeit (voraussichtliches Wiederkehrintervall mindestens 100 Jahre),*
- 3. soweit erforderlich, Hochwasser mit hoher Wahrscheinlichkeit.“*

Gemäß § 76 Abs. 2 WHG setzt *„die Landesregierung [...] durch Rechtsverordnung innerhalb der Risikogebiete oder der nach § 73 Abs. 5 Satz 2 Nummer 1 zugeordneten Gebiete mindestens die Gebiete, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist, und die zur Hochwasserentlastung und Rückhaltung beanspruchten Gebiete als Überschwemmungsgebiete fest.“*

Überschwemmungsgebiete nach dem § 76 Abs. 1 WHG sind „[...] Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern und sonstige Gebiete, die bei Hochwasser eines oberirdischen Gewässers überschwemmt oder durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden.“

Der Sicherung der Flächen für den Wasserrückhalt wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG sind daher grundsätzlich in ihrer Funktion als Rückhalteflächen zu erhalten (§ 77 Abs. 1 WHG).

„In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 des Baugesetzbuches untersagt“ (§ 78 Abs. 4 WHG). „Für nach § 76 Absatz 3 ermittelte, in Kartenform dargestellte und vorläufig gesicherte Gebiete gelten die Absätze 1 bis 7 [des § 78 WHG] entsprechend“ (§ 78 Abs. 8 WHG).

Durch die wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Nr. 1 und 2 WHG wird eine Befreiung von dem bestehenden Bauverbot erteilt. Voraussetzung dafür ist die Erfüllung der wasserrechtlichen Vorgaben des § 78 Abs. 5 WHG. Die zuständige Behörde kann die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im Einzelfall genehmigen, wenn *„(1) das Vorhaben a) die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird, b) den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert, c) den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und d) hochwasserangepasst ausgeführt wird oder (2) die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können“* (§ 78 Abs. 5 WHG, BVerwG 4 A 5.18).

Die Vorgaben des WHG werden durch § 45 HWG und § 84 LWG in Bezug auf Überschwemmungsgebiete ergänzt.

Gemäß § 45 HWG Abs. 1 gilt: *„Bis zu einer Festsetzung nach § 76 Abs. 2 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes gelten auch die in den Arbeitskarten der Wasserbehörden dargestellten und im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlichten Gebiete als festgesetzte Überschwemmungsgebiete, höchstens jedoch für zehn Jahre ab Veröffentlichung. Die Ausweisung durch Arbeitskarten darf nur solche Flächen zum Gegenstand haben, die mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer künftigen Festsetzung nach § 76 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes erfasst werden. Als festgesetzte Überschwemmungsgebiete im Sinne von § 76 Abs. 2 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes gelten auch die Gebiete zwischen Gewässern und Deichen sowie die Beckenräume (Gesamtstauräume zuzüglich Freiräume) von Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken.“*

In § 84 Abs. 1 LWG werden außerdem besondere Schutzvorschriften in ÜSG definiert: *„Abweichend von § 78 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2014 (BGBl. I S. 1724), ist in festgesetzten Überschwemmungsgebieten auch die kurzfristige Lagerung und Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können, verboten; § 78 Abs. 1 Satz 2 WHG bleibt unberührt. Die kurzfristige Lagerung und Ablagerung kann entsprechend § 78 Abs. 4 WHG*

zugelassen werden.“ Da in Vermeidungsmaßnahme V7 („Schutz des Grund- und Oberflächenwassers“) bereits festgelegt ist, dass kein Baumaterial innerhalb der ÜSG gelagert werden darf, kann an dieser Stelle bereits ausgeschlossen werden, dass während der Bauphase Abflusshindernisse in ÜSG entstehen.

In § 78a WHG werden die Verbote und Einschränkungen des § 78 durch weitere Schutzvorschriften ergänzt. § 78a Abs. 1 nennt weitere Vorhaben und Handlungen, die in festgesetzten Überschwemmungsgebieten untersagt sind: „1. die Errichtung von Mauern, Wällen oder ähnlichen Anlagen, die den Wasserabfluss behindern können, 2. das Aufbringen und Ablagern von wassergefährdenden Stoffen auf dem Boden [...], 3. die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen, 4. das Ablagern und das nicht nur kurzfristige Lagern von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können, 5. das Erhöhen oder Vertiefen der Erdoberfläche, [...]“.

Die zuständige Behörde kann allerdings nach § 78a Abs. 2 WHG im Einzelfall Maßnahmen nach Abs. 1 zulassen, wenn „1. die Belange des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen, 2. der Hochwasserabfluss und die Hochwasserrückhaltung nicht wesentlich beeinträchtigt werden und 3. eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden nicht zu befürchten sind oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können.“

3 Erforderliche Antragsstellung

Wasserrechtliche Genehmigung für bauliche Anlagen in Überschwemmungsgebieten (§ 78 Abs. 5 WHG)

Das Vorhaben wird insgesamt mit den vorliegenden Planfeststellungsunterlagen beschrieben und beantragt. Ergänzend hierzu werden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nachfolgende wasserrechtliche Antragstellung nach § 78 Abs. 5 Nr. 1 und 2 WHG für die in der nachfolgenden Tabelle 3-1 aufgeführten Überschwemmungsgebiete (ÜSG) gestellt.

Potenzielle Beeinträchtigungen für ÜSG werden ausschließlich durch dauerhaft errichtete Anlagen (Maste) hervorgerufen; Arbeitsflächen, Zuwegungen und Baueinsatzkabel haben aufgrund ihres temporären Charakters keine Auswirkungen auf die Hochwasserrückhaltung. Zudem werden nach Abschluss der Bauarbeiten sämtliche temporär errichtete Anfahrtswege, Lager- und Arbeitsflächen umgehend zurückgebaut.

Tabelle 3-1: Im Rahmen des Vorhabens erforderliche wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für Überschwemmungsgebiete in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen

Überschwemmungsgebiet Angabe der Fließgewässer- kennzahl (FKZ) in Klammern	Mastbereich	Mastkategorie (Ersatzneubau, Masterhöhung)
Rheinland-Pfalz		

Überschwemmungsgebiet Angabe der Fließgewässer- kennzahl (FKZ) in Klammern	Mastbereich	Mastkategorie (Ersatzneubau, Masterhöhung)
Rhein (2000000000)	Masten Nr. 1003, 1004	Ersatzneubau
Hessen		
Daisbach (24962)	Mast Nr. 165, 167, 169, 173, 174	Masterhöhung (außer Nr. 173, alle mit Fundamentverstärkung)
Weilbach (249742)	Mast Nr. 205	Masterhöhung

Im Bundesland **Rheinland-Pfalz** befinden sich innerhalb des ÜSG „Rhein“ (2000000000) die Ersatzneubaumasten Nr. 1003 und 1004 (Bl. 4127) in Koblenz. Im ÜSG „Gelbach“ (2589400000) befindet sich Bestandsmast Nr. 56 (Bl. 4127) südöstlich von Gackenbach. An Mast Nr. 56 findet lediglich der Austausch von Isolatorenketten statt. Die Dimensionierung der Fundamente bzw. der Rauminanspruchnahme durch die Masten werden somit nicht verändert, so dass das Retentionsvolumen bzw. die Abflussgeschwindigkeit bei einem Hochwasserereignis nicht beeinflusst werden. Da der Status Quo erhalten bleibt, bedarf es im Bereich des Mastes Nr. 56 keiner Ausnahmegenehmigungen nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG.

Im Gegensatz zu Mast Nr. 56 im ÜSG „Gelbach“ (2589400000) bedarf die Errichtung der beiden Ersatzneubaumasten (Nr. 1003 und 1004, Bl. 4127) im ÜSG „Rhein“ (2000000000) Ausnahmegenehmigungen nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG. Dem Verlust von Retentionsraum durch die Neubaumaßnahmen steht die Demontage von zwei Bestandsmasten (Nr. 3 und 4, Bl. 4127) inkl. Fundamente gegenüber. Die unterirdische Rauminanspruchnahme der Fundamente bzw. die Versiegelung geschieht lediglich punktuell und führt zu einer marginalen Veränderung des Wasserspeichervermögens der Böden.

Bei der Detailplanung der Masten wurde darauf geachtet, dass ein ungehinderter Oberflächenabfluss in den ÜSG gewährleistet werden kann. Für den Bau und Betrieb der geplanten Höchstspannungsfreileitung werden Stahlgittermaste aus verzinkten Normprofilen errichtet. Die Masten sind statisch so berechnet, dass sie auch bei Hochwasserereignissen gegenüber Auftrieb gesichert sind. Bei einem Hochwasserereignis können die Stahlgittermaste durchflossen werden und stellen somit kein Abflusshindernis dar. Auch die über die Geländeoberfläche hinausragenden Fundamentköpfe stellen aufgrund ihrer geringen Größe und der hochwasserangepassten Bauweise (Aufprallschutz an den Mastestielen) kein Hindernis für den Hochwasserabfluss dar und führen nur zu einem vernachlässigbaren Verlust an Rückhalteräumen. Unter Berücksichtigung der rückzubauenden Bestandsmaste (Nr. 3 und 4, Bl. 4127) wird dieser geringfügige Verlust von Retentionsraum funktionsgleich ausgeglichen. Der bestehende Hochwasserschutz wird vorhabenbedingt daher nicht beeinträchtigt, so dass die Voraussetzungen für die erforderliche wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für das betroffene ÜSG gegeben sind.

Im Bundesland **Hessen** befindet sich innerhalb des ÜSG „Wörsbach“ (258748) der Mast Nr. 155 (Bl. 4127) östlich von Idstein. Zudem befindet sich in diesem ÜSG die Arbeitsfläche des Ersatzneubaumastes Nr. 1144 (Bl. 4127) nördlich von Idstein. Die Bestandsmasten Nr. 165 bis 169, 173, 174, und 181 bis 183 (ggf. mit geplanter Masterhöhung und Fundamentverstärkung, Bl. 4127) liegen im ÜSG „Daisbach“ (24962). Im ÜSG „Weilbach“ (249742) liegt der Bestandsmast Nr. 205 (mit geplanter Masterhöhung, Bl. 4127) westlich von Langenhain (Hofheim). An den Masten Nr. 155, 166, 168 und 181 bis 183 findet lediglich der Austausch von Isolatorenketten statt. Die Dimensionierung der Fundamente bzw. der Rauminanspruchnahme durch die Masten werden somit nicht verändert, so dass das Retentionsvolumen bzw. die Abflussgeschwindigkeit bei einem Hochwasserereignis nicht beeinflusst werden. Da der Status Quo erhalten bleibt, bedarf es im Bereich der Masten Nr. 155, 166, 168 und 181 bis 183 keiner Ausnahmegenehmigungen nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG. Da es sich bei den in den ÜSG befindlichen Arbeitsflächen von Mast Nr. 155, 1144, 165 bis 169, 173, 174, 181 bis 183 und 205 um temporäre Flächeninanspruchnahmen handelt und die Flächen nach Abschluss der Bauarbeiten sich zeitnah regenerieren oder in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden (Vermeidungsmaßnahme V3 „Rekultivierung von bauzeitlich bzw. dauerhaft in Anspruch genommenen und zurückzubauenden Flächen“), bleibt der Status Quo erhalten und es bedarf keiner Ausnahmegenehmigungen nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG.

Da es sich bei der Masterhöhung der Masten Nr. 165, 167, 169, 173 und 174 (ÜSG „Daisbach“ (24962)) sowie Mast Nr. 205 (ÜSG „Weilbach“ (249742)) um Änderungen des Status Quo handelt, sind Ausnahmegenehmigungen nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für die Baumaßnahmen erforderlich. Da durch die Masterhöhung die Wasserrückhaltung im ÜSG nicht beeinträchtigt, Wasserstand und Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert und somit der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird, sind die Voraussetzungen für die erforderliche wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für die betroffenen ÜSG gegeben.

Wasserrechtliche Genehmigung nach § 78a Abs. 2 WHG für die in Überschwemmungsgebieten ausgeführten Handlungen

Mobile Gegenstände (Material, Arbeitsgeräte etc.), die sich auf Baustellenflächen befinden, werden bei Hochwassergefahr durch Befestigung gesichert oder auf Flächen außerhalb des ÜSG abtransportiert. Der Umgang mit sowie die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen erfolgt nicht auf Flächen innerhalb der Überschwemmungsgebiete (vgl. Maßnahme V7, Maßnahmenblätter in Reg. 18, Anh. B). Nach Abschluss der Bauphase erfolgt der Rückbau der Montageflächen und Zuwegungen in den möglichst ursprünglichen Zustand (vgl. Maßnahme V3, Maßnahmenblätter in Reg. 18, Anh. B).

Die oben dargestellten Baumaßnahmen dauern insgesamt wenige Wochen.

Den Vorgaben aus § 78a Abs. 2 WHG steht das Vorhaben nicht entgegen, da die lokal und zeitlich begrenzten Baumaßnahmen den Hochwasserabfluss und die Hochwasserrückhaltung nicht wesentlich beeinträchtigen und somit keine Gefährdung von Leben, Gesundheit oder erhebliche Sachschäden zu befürchten sind. Vor dem Hintergrund,

dass die Realisierung des Vorhabens gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 BBPlG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, erfordern überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahmen.

Für das Vorhaben wird ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt, an dem die zuständige Wasserbehörde beteiligt ist. Eine separate Befreiung gem. § 78a Abs. 2 WHG für die dort ausgeführten Handlungen ist nicht erforderlich.

4 Quellenverzeichnis

4.1 Gesetze & Verordnungen

HOCHWASSERRISIKOMANAGEMENT-RICHTLINIE – Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken.

HWG – HESSISCHES WASSERGESETZ: Gesetz vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 548), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Juni 2023 (GVBl. S. 473, 475) geändert worden ist.

LWG – Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz: Gesetz vom 14. Juli 2015 (GVBl. S. 127), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVBl. S. 118) geändert worden ist.

WHG – WASSERHAUSHALTSGESETZ: Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.